

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufnahme 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, und die Post monatlich
2,25 Mark, wie teilsjährlich 21,75 Mark.
Zur Abnahme gebührenlos.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Um
amtliche Zeitungserlaubnis unter
einer Zeitung eingetragen, für
unseren eingetragenen Manu-
skripten wird keine Gebühr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Postämter-Abt. Nr. 1133
u. 1135, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:
Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf., Restzeilen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtlichen
Anzeigengeschäften. Erfüllungsort
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
nade 1a, St. Drauhausstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Ullrichstr. 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6008.

Nr. 85.

Halle, Sonntag den 20. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Auf zur Wahl!

Des Deutschen Reiches Schicksal steht und fällt mit der Preußenwahl.

Es geht um den freien, einigen, deutschen Volksstaat. Es geht um die politische Mündigkeit und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, von dem zwei Millionen ihre Liebe zum Vaterlande mit dem Tode besiegelt haben. Denkt an die Verzögerung der Wahlrechtsreform in Preußen, die der tödliche Dolchstoß in den Rücken der Front war.

Wählerinnen und Wähler!

Zeigt euch des freiesten Wahlrechts würdig. Verteidigt eure Verfassung und euren Volksstaat gegen die Reaktion von rechts, ebenso wie gegen den Radikalismus von links.

Keiner darf an der Wahlurne fehlen!

Es geht um Preußens und Deutschlands, es geht um eure und eurer Kinder Zukunft!

Die unparteiische Partei.

Wahrheiten über die übergeschnappten
Reichsparteien.

Trotzdem Wahllügen und Verleumdungen wie eine Schlammlut aus dem kleinärztlichen Reichstags-Rektorat der Reichsparteien sich auch bei dieser Wahl wieder über die Demokratie ergossen, haben wir uns in der Abwehr bei aller höchsten Deutlichkeit doch bis zuletzt in Form von gehalten, die wir für ehrliche und geistreiche Menschen gehalten und haben damit geradezu, daß die gesund empfindenden Massen seinen Gefallen finden könnten an einer Tonart und an einem Verhalten in Verleumdungen, das dem deutschen Rechtsbewußtsein, der deutschen Wahrheitsliebe und der Würde des deutschen Volkes so ins Gesicht schlägt, wie es in den Flugblättern und Reden der Deutschnationalen wie auch der Deutschen Volkspartei laienhaftig geschieht.

Dem Jah unierer Geduld den Boden aussprenzt hat nun aber ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei, das an Gemeinheit und Falschheit nicht mehr zu überbieten ist. Unter der Überschrift „Kontt ihr sie?“ bringt es ein Zerrbild unserer Reichstags-Rektorats-Rede. Es stellt hier den Arm in Arm mit Falschheit und Dummheit und darunter einen vor Verlegenheit tiefenden Schweis auf die bekannten Ereignisse der Kartrage, die längst einwandfrei geklärt sind. Der Hinweis schließt mit den Worten: „Ihr dürft diesen Vertreter der Reichspartei demokratischen Partei und der allmählich gänglich „verfälschenden Saale-Zeitung“ nicht wählen.“ Das Flugblatt ist natürlich anonym. Aber die Tonart hat verschiedene Eigenarten, aus denen wir auf die Urheberhaftigkeit einige Schlüsse ziehen können. Wir werden uns aber hier, in diesen Schnupfblättern tiefer hineingreifen, denn es ist uns so selbst, uns mit solchen Schmuglitzern auch nach vor dem Fall herumzuspielen.

Wir fragen uns nur zum so und so vielen Male, wie kann es im deutschen Vaterlande und in unserer Heimatstadt nur noch einen so nehmende Leute geben, welche einer Partei, die solche Schmuglitzern in ihren Reihen als Vorkämpfer hat, nachsehen und nicht durch diesen Ton der Falschheit oder besser der Falschheit zurückgewiesen werden. Man könnte uns nicht mit Behauptungen, daß die Verleumdungen in dem Flugblatt verhältnismäßig jaht gehalten sind. Aber Verleumdungen und Lügen in solcher Form mit Zulassung auf eine Person wiederholt und weiter verbreitet, trotzdem sie als Lügen und Verleumdungen längst erwiehen sind, ist ein Schmuglitzern, ist ein Ehrabschneider, ist ein Lump, noch dazu ein solcher Lump, wenn er nicht einmal den Mut hat, die öffentliche Verantwortung zu übernehmen. Wirt! Welche Art des politischen Kampfes dünnt der Kampfesweise der deutschnationalen Redaktoren, wie sie kürzlich in der Saale-Zeitung zur Geltung kam. Beide sind eine Schande für das ganze deutsche Volk. Und des ist der Grund, wie fast wir uns an dieser Stelle damit beschäftigen. Nicht denn das deutsche Volk, ich denn die preußischen Wähler nicht, wie niedrig man ihre Intelligenz, ihr ganzes Bildungsniveau einschätzt, wenn man ihnen solche Kampfesweise in der Wahlpropaganda vorzusetzen mag? Will sich denn das Volk wirklich als „Nies“, als „Kumpf-bumpf“ dahinzutrotzende

Sammelerbe behandeln lassen, sich einmischen lassen als Stimmvieh, das man für Parteizwecke mißbraucht, um nach ihm, wenn man in der „Dobrigkeit“ sitzt, mit den Füßen zu stoßen und seine „vox populi“ als „vox Rindvieh“ zu bezeichnen.

Die Deutsche Volkspartei gibt sich als die einzige Partei aus, die es genügt habe, mitten im Wahlkampf zu belassen. „Wir müssen aus dem Parteikampfe heraus und uns von der parteipolitischen Einseitigkeit frei machen“. Und dann werden dem anhängigen Bürgerturn von Mitgliedern derselben Partei in Halle solche Pamphlete geboten.

Was man da nicht zu der Ansicht kommen, daß die Deutsche Volkspartei eine Partei der Lüge und Verleumdung ist. Von ihren Verleumdungen im Reichstagswahlkampf 1920 hat sie nichts erfüllen können. Die Lüge von damals setzt sich wie ein Gift fort im jetzigen Wahlkampf.

Für diese Erscheinung gibt es keine andere Deutung als die, daß sowohl die Deutschnationalen als auch die Deutsche Volkspartei einen Verleumdungskampf kämpfen, in dem ihnen, wie den Mosauer Kommunisten Lüge und Verleumdung bequeme, wenn auch schmutzige Waffen sind.

Wählerinnen und Wähler macht auf! Die Eigenpropaganda der Rechts- und Linksparteien sollte zur Genüge bemerkt haben, daß hinter ihnen keine objektiven, sondern Elemente stehen, sondern nur Macht hungert, denen alle Mittel zur Erreichung ihres Zieles recht sind.

Es gibt nur eine Partei, die aus aus dem Parteikampf, aus dem verlogenen Parteikampf herausbringen kann und das ist die unparteiische Partei der Demokratie.

Die Demokratie ist keine Partei im Sinne der alten Parteiwirtschaft. Hinter ihr stehen keine Interessensverbände, die aus ihren Kriegsgewinnen Annummen für die Propaganda bereit stellen. Die Demokratie braucht nicht lügen und betrügen, denn ihre Ziele sind in der Verfassung verankert. Sie ist nur Schlichterin und Trägerin der Verfassung und des freien Volksstaates, der durch den Wehheitwillen eines politischen Volkes gestiftet ist. Sie will nur, was die Wehheit des Volkes will. Sie will das im Interesse des Volkes dem Volke durch das Volk selbst liefern, was die anderen Parteien von rechts und links durch Lüge und Trug zurückhalten wollen, da sie keine vernünftigen Gründe gegen die Demokratie als Trägerin des Volkes haben.

Die Demokratie ist eine unparteiische Partei, weil sie alle Verfassungsklagen ohne jeden Vorbehalt auf dem Boden der Verfassung und im Sinne der Verfassung einlegen, verstehen, zusammenführen will. Wenn sich alle Deutschen auf diesen Verfassungsboden, auf den Boden der Tatsachen stellen, dann ist es mit dem Parteikampf vorbei, dann wird die Volksherrschaft und durch sie die Regierung die Macht haben, alle Unklarheiten von rechts wie von links unmöglich zu machen.

Es denn das so schwer zu begreifen, daß wir nur so zu Ruhe und Debatte kommen, nicht aber, wenn wir in sonderbarer Verleumdung uns durch Lügen und Unaufrichtigkeit nach rechts und links von Verfassungsboden wegzerren lassen? Ist denn das so schwer zu begreifen? Also für einen denkenden, vaterlandsliebenden, nationalgeistigen Deutschen und

Preußen kann es heute nur die eine Entscheidung geben. Nicht von rechts, nicht von links, sondern mit beiden Beinen, unbeeinträchtigt von Lüge, Verleumdung und Terror, mutig auf den Boden der Verfassung gestellt und demokratisch gewählt!

Briand über die Sanktionen.

Paris, 19. Febr. Haas. Im Verlaufe seiner gestrigen Darlegungen vor dem Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten und für Finanzen erklärte Briand, die Verbündeten Frankreichs seien bei ihrem Eintreffen zur Pariser Konferenz überzeugt gewesen, daß Frankreich im Spezialinteresse Absichten auf den Rhein habe. Er habe ihnen aber beweisen können, daß dem nicht so sei und daß die Arbeiten der Reparationskommission seit einem Jahr von allen Regierungen gehemmt worden seien. Andererseits seien die Alliierten Frankreichs und zwar in erster Linie England und Belgien davon überzeugt, daß der Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels so bedeutend sein werde, daß eine Ueberflutung Englands und Belgiens mit deutschen Erzeugnissen vorzusagen sei. Auch in Amerika sei man überzeugt, daß die unparteiische Ausnahmsabgabe auf dem germanischen Weltmarkt ihren Widerhall finden werde. England und Belgien hätten neben den verächtlichen Jahreszahlungen auch feste Jahreszahlungen zugehoben wollen. Für sie sei die zwölfpromzentige Abgabe nur gewissermaßen das Barometer für den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands. Briand gab dann Aufklärungen über die vorgeschlagene Zwangsabgabe an: 1. Die Zwangsabgabe der deutschen Gebiete, die noch nicht zu laufen begonnen habe, werde erst in dem Augenblick in Kraft treten, wo Deutschland auftragsgemäß seine guten Willens gegeben habe, die Zwangsabgabe zu erfüllen; 2. die Zwangsabgabe der militärischen Zwangsabgabe; 3. eine der übrigen im Verfaller Verträge vorgesehenen Zwangsmaßnahmen bestimme darin, daß eine Änderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Rheinlande und den Nachbarländern ins Auge gefaßt werden könne; 4. Erweiterung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. England und die übrigen Alliierten hätten diese Bedingungen zurückgewiesen. Auf die Frage, warum diese etwaigen Zwangsmaßnahmen denn Deutschland nicht amtlich mitgeteilt worden seien, antwortete Briand, daß diese notgedrungen seien, ohne daß Deutschland irgendein das Recht hätte, aus nur ein Wort in dieser Frage mitzureden.

Alle Mitglieder der beiden Ausschüsse zeigten sich, wie der Haas-Bericht bemerkt, von den Darlegungen des Ministerpräsidenten besträubt.

Anmerkung des W.B.: Die französische Behauptung, daß die Zwangsabgabe für die Rheinlande noch nicht zu laufen begonnen habe, ist von deutscher amtlicher Seite schon mehrfach zurückgewiesen worden. Die Zeit läuft nach dem Vertrage von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zwangsabgabens ab. Eine Verlängerung der Zwangsabgabe kann nur in Frage kommen, wenn eine Prüfung nach Ablauf

Handwerker! Handwerkerinnen!

Bis zum letzten Augenblick setzte die **Deutschnationale Volkspartei** ihre **Wahlflügen** fort. Sie veröffentlicht eine Zusammenstellung der von den einzelnen Parteien als Kandidaten für den Landtag aufgestellten Handwerksmeister und **unterschlägt dabei nicht weniger wie 7 Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei. Sie unterschlägt auch, daß**

die Deutsche demokratische Partei im Reg.-Bez. Merseburg den Innungsoberrmeister Rühlemann-Lauchstedt an 3. Stelle ihrer Kandidatenliste für den Landtag aufgestellt hat.

Küßt Euch durch diese Wahlflügen der Deutschnationalen Volkspartei nicht betören! Wendet Euch ab von ihr, die den Wahlkampf fortgesetzt durch Wahlflügen vergiftet!

Wählt nur die demokratische Liste
Dr. Schreiber, Pfarrer Geibel, Innungsoberrmeister Rühlemann.

der Eingekerkerten des Artikels 429 ergeben hat, daß Deutschland seine Verpflichtungen vorkautisch nicht erfüllt hat. Eine Ausdehnung der Abgabe auf weitere deutsche Gegenden ist deutscherseits am 1. Mai nach im Berliner Vertrag selbst nach Artikel 18, 2 nicht begründet, denn nach diesem Artikel können nur andere wirtschaftliche Spezialisten in Frage kommen. Die Frage der Bürgerkassen für die Durchführung des Vertrages ist ershöpft in den Artikeln 429 und 430 des Friedensvertrages geregelt.

Amerika zieht seine Besatzungstruppen zurück.

Nach einer Meldung aus New York hat sich die amerikanische Regierung entschlossen, außer den Vertretern bei der Reparationskommission vor dem 1. Mai auch die 5400 Mann Besatzungstruppen zurückzubringen, die sich noch im Rheinlande befinden. In der Meldung heißt es, daß die Amerikaner bereits ein erstes Kontingent von 5000 Mann zurückgezogen hätten, lo daß es jetzt nötig erscheine, die bereits begonnenen Maßnahmen zu Ende zu führen.

Luzatti über die deutsche Zahlungslosigkeit.

Nach der „Tribüne“ erklärte Luzatti in der Sitzung der Kammerauschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten in Rom, Deutschland könne die von ihm geleisteten Zahlungen leisten, denn es besthe die notwendigen Hilfsmittel. Wenn die Deutschen die in Italien bestehenden hohen Steuern auf Alkohol und Tabak gesten werden, so würde dies schon genügen, um die Einnahmen des Staates beträchtlich zu erhöhen. Außerdem habe Deutschland fast keine Schulden im Ausland. Die Ausfuhrquote von 12 Proz. würde ein Dumping verhindern können.

Der Neckarkanal.

Arbeitsminister Dr. Schall brachte gestern im württembergischen Landtag zur Kenntnis, daß nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums nach den weiteren Stellen mit dem Bau des Neckarkanales begonnen werden könne. Der Vertrag des Reiches in Höhe von 40 Millionen Mark werde im März verabschiedet werden und es könne dann mit dem weiteren Ausbau im April fortgesetzt werden. Was die Nebenlagen anlange, so seien darüber die Nachrichten aus Berlin nicht so günstig, da die Ausführung weiterer Eisenbahnbauten in Württemberg vom Reichsverkehrsminister abgelehnt worden sei.

Ergebnislose Verhandlungen in Paris.

Die beiden Pariser Kammerauschüsse für Finanzen und für auswärtige Angelegenheiten haben nach einer Zusammenkunft gestern eine gemeinsame Sitzung ab, um sich über die Anordnungen zu einigen, die dem Ministerpräsidenten vor seiner Abreise nach London vorgetragen werden sollen. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Beide Ausschüsse luden den Ministerpräsidenten ein, heute eine Besprechung abzuhalten, doch bewaerte Briand, durch amtliche Pflichten verhindert zu sein.

Oberschlesien.

Wie die Oberschlesische Zeitung aus Hindenburg meldet, ist die Gemeinde Kischowitz seit Dienstag nachmittag von französischen Truppen besetzt. Einzig Mann unter Führung eines Oberleutnants sind eingetroffen, um bei eventuellen Zwischenfällen sofort eingreifen zu können.

Das preussische Finanzministerium und das Berufsbeamtentum.

Von zuständiger Stelle wird der „Dona“ geschrieben: Von Seiten einzelner Beamtencategorien, insbesondere von Militäranwärtern, ist in Protestaktionen gegen den preuß. Finanzminister Eibemann wegen des von ihm vorgelegten Grundrisses für Sparmaßnahmen Finanzwirtschaft der Vorwurf erhoben worden, er sei bestrebt, das Berufsbeamtentum auszurotten, dabei sei doch der abgediente Unteroffizier das

festeste, höchste Rückgrat des Beamtentandes. In dem Erlaß des Ministers Eibemann ist irgend eine tatsächliche Grundlage für diese Vorwürfe nicht enthalten. Es liegt dem Minister obzuliegen, die Rechte der Militäranwärter irgendwie anzupfeifen.

Die Aussichten der Londoner Konferenz in französischem Lichte.

Die Pariser, 19. Febr. Auf Grund von Unterredungen mit angesehenen Persönlichkeiten teilt Marcel Huti in im „Echo de Paris“ über die Aussichten und das Programm der Konferenz von London folgendes mit: Ueber den Ort wird nichts Endgültiges bestimmt werden, da die Ansichten sich sehr auseinandergehen und die Frage zu verwickelt ist. Nach dem Ansehen der Delegierten von Konstantinopel und Angola wird die Konferenz insbesondere Kommissionen mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge betrauen, wodurch die Beschleunigung auf kurze Zeit beschleunigt wird. Für die Wiederherstellungen werden die Deutschen einen besonders wohlüberlegten Vorschlag vorlegen, der so von den Forderungen der Alliierten abweichen wird, daß ihn Frankreich nicht annehmen und ohne Weiteres zurückweisen wird. Briand wird energisch auf dem Willkommen von Paris als einem Minimum beharren. Wenn sich die Deutschen zurückziehen, was man annimmt, wird Dr. Simons und seinem Gesolge sofort ein Dampfer zur Heimreise zur Verfügung gestellt. In diesem Falle ist vorzuziehen, daß die französischen Unterhändler nach Paris zurückkehren und daß Briand das Parlament unverzüglich über die Ergebnisse in London unterrichtet wird. Frankreich ist entschlossen, in diesem Falle sofort die im Vorkriegsstand von Paris vorgelegenen Entscheidungsmassnahmen anzunehmen. Als benachteiligter Gläubiger wird Frankreich nicht zögern, den Deutschen ihren unmittelbaren Vorteil zu zeigen, das Zaubern und Feilschen aufzugeben. Wenn England das Sollamt irgend eines großen Handelslandes Deutschlands und Frankreich eine der deutschen Rohlenmärkte beherrschende große Industriefabrik belegen, würde sich die deutsche Regierung die Sache überlegen und nach London zurückkehren wollen, um auf Grundlagen zu verhandeln, die besser mit dem Willkommen von Paris übereinstimmen. Unter diesem Vorbehalt ist die Konferenz von London die nächste Ergänzung jener von Paris sein, wenn ihr die Deutschen den Rücken stärken sollten und trotz aller Versuche, die Alliierten zu entzweien.

Deutsches Reich.

Beamtentum. Es ist nicht sehr exakt, wenn die Parteien den Wählern vorrechnen, was sie für sie getan haben, und die Demokraten machen diese maßlosereitliche Konkurrenz nicht mit. Wenn aber die Deutschnationalen dem demokratischen Weg Schuld vorwerfen, daß er für die Beschleunigung sein Interesse befinde habe, so muß dem energisch widersprochen werden. Er hat ebenso wie der demokratische Abgeordnete Deltus mit allen Kräften für eine angemessene Beschleunigungsreform gekämpft. Den deutchnationalen Unfug agitatorische, mit der Finanzlage des Reiches unvereinbare Anträge zu stellen, haben die Demokraten allerdings nicht mitgemacht.

Ein neues Stützstoffgesetz? Nachdem das Reich die Zuckerversteuerung erhöht hat, kann sie am Stützstoff nicht vorübergehen. Wie berichtet wird, ist ein neues Stützstoffgesetz in Vorbereitung, das ähnlich wie das Gesetz von 1902 im Interesse der Zuckerezeugung an der Beschränkung der Herstellung von Stützstoff festhalten will; die jetzt zugelassene erweiterte Verwendung von Stützstoff soll jedoch wenigstens solange beibehalten werden, bis eine Zuckerverzögerung mindestens in Höhe des früheren Friedensstandes möglich ist. Diese erweiterte Verwendung des Stützstoffes soll aber nur zu einem Preise zugelassen werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum Zuckerpreis steht. Der den bezüglichen Gewinn für Erzeuger und Handel übersteigende Preisüberschlag soll dem Reich zufallen. Das Reich bestimmt zu bestimmten Zeitpunkten den Inlandsverkaufspreis und den an die Reichsölwerke abzuführenden Gewinnanteil. Man rechnet auf eine jährliche Reichseinnahme von 100 Mill. Mark.

Auslands-Rundschau.

Litauen und Polen. In einem an die Plebiszitkommission des Völkerbundes gerichteten Telegramm führt die litauische Regierung aus, daß das litauische Gebiet nach dem Moskauer Friedensvertrage vom 12. Juli 1920 rechtlich zu Litauen gehört, woran auch der zwischen Sowjetrußland und Polen in Riga abgeschlossene Vorfriedensvertrag nichts geändert habe. Zur Durchführung einer endgültigen friedlichen Lösung der Streitigkeiten mit Polen ist Litauen bereit, sich der Entscheidung des Völkerbundes zu fügen, sofern Beratungen mit Sowjetrußland dabei vermieiden werden. Die litauische Regierung legt ihre Ansichten über die Abgrenzung des Abstammungsgebietes in den Gouvernements Wilna, Grobno und Suwalki dar, hebt hervor, daß die Stadt Wilna als nationales, religiöses, politisches und wirtschaftliches Zentrum Litauens ohne Abkündigung bei Litauen verbleiben soll und nach Vorschläge bezüglich des bei der Abkündigung zu beobachtenden Verfahrens. Die polnische Militärbehörde soll durch eine litauische Verwaltung ersetzt werden. Die Abkündigung soll frühestens acht Monate nach dem Abzug der polnischen Truppen stattfinden.

Amerikanisch-chinesischer Konflikt. Wie Reuters meldet, soll das Staatsdepartement in seiner Note an China betrie, die Errichtung einer Pankonkussion in Schanghai mitteilen, die Berechtigten Staaten würden ihren Gebieten abtreten, wenn die chinesische Regierung auf ihrem Widerstand beharre.

Japan und die Vereinigten Staaten. Das Mitglied des Reichstages Dr. Müller erklärte, die Regierung Japans, irgend etwas für die Abklärung zu tun, bevor das Programm der Seeschiffahrt durchgeführt sei, komme einer Kriegserklärung gleich. Es sei denn, daß in Japan die besonnenen Staatsmänner und Diplomaten ihr Land von den Demagogen und Jingo befreien würden, die für den Augenblick ihr Ohr und Auge des Publikums haben. Müller verlangte mit Nachdruck die Verhinderung der Rüstungserweiterung im Stillen Ozean. Nach seiner Ansicht gebe es eine Kriegsmöglichkeit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nur, wenn Japan sie herbeiführt.

Die Verfassung Ägyptens. Aus dem nunmehr veröffentlichten Bericht der Kommission über die Verfassung bezüglich der zukünftigen Verfassung Ägyptens heißt es, die Zeit sei gekommen, um das Verfassungs, Ägyptens Selbstverwaltung zu gewähren, zu erfüllen, und zwar mittels eines Vertrages mit der ägyptischen Regierung, der zugleich die Unabhängigkeit Ägyptens erklärt und der die wesentlichen Interessen Englands sichern würde. Der Vertrag müßte Großbritannien ermöglichen, zum Schutze der Verbindungen zwischen den einzelnen Teilen des Reiches auf ägyptischen Gebiet eine Truppenmacht zu halten, ohne Beistellung der Requisitionen könne keine ägyptische Regierung wirtschaftliche Unabhängigkeit genießen. Der Vertrag müßte Großbritannien das Recht geben, in die bei Ausländer betreffende Gesetzgebung einzugreifen und die Zwecke der Verwaltung, die ausländische Interessen betreffen, zu kontrollieren. Die Mitglieder der ägyptischen Delegation sowie die früheren Minister und der britische Patriarch haben an Lloyd George Telegramme geschickt, in denen gegen die vor kurzem gehaltenen Rede Churchill, in der dieser Ägypten als einen Teil des britischen Reiches in Anspruch nahm, in schärfsten Ausdrücken protestiert wird. Ägypten würde nur völlige Unabhängigkeit annehmen.

Bei

unreinem Teint

nicht lange herumprobieren, sondern gleich vom ersten Tage an

Dr. Jo Mayers

Capia-Cora-Creme

Tube: Mk. 3.50 und Mk. 5.50

Töpfe extra stark parfümiert Mk. 15.—
Hersteller: Dr. Jo Mayers, Wiesbaden.